

INHALT

- **Pflege: Regierung sucht den Schulterchluss**
- **Morbi-RSA: Vermeidung der Risikoselektion muss das Ziel bleiben**
- **Eine Gebühr für den Notfall**
- **Entlastung für Betriebsrentner**
- **Die AOK vernetzt schwangere Frauen mit Kliniken**
- **Gepanschte Krebs-Medikamente: Zwölf Jahre Haft und Berufsverbot**
- **Klinik-Investitionen: Länder zahlen weiterhin zu wenig**
- **Mehr Sicherheit bei Herzschrittmacher, Hüfte und Co.**
- **Hintergrund: AOK-Familienstudie – Es mangelt deutlich an Bewegung**

Redaktionsschluss
dieser Ausgabe:
18. Juli 2018

■ **AOK-Studie offenbart ein dickes Problem**

Neun von zehn Kindern in Deutschland erreichen das Bewegungsziel der **Weltgesundheitsorganisation** (WHO) nicht. Das ist ein Ergebnis der AOK-Familienstudie 2018. Eine Stunde pro Tag sollte sich ein Kind mindestens bewegen, sodass Puls und Atmung leicht ansteigen, lautet die Empfehlung WHO. Umgekehrt sollen Kinder zwischen sieben und zehn Jahren höchstens eine Stunde täglich Medien nutzen. Fast die Hälfte der Kinder in dieser Altersgruppe liegt hier deutlich darüber, am Wochenende sind das sogar vier von fünf Kindern. Grundsätzlich kommt laut Studie in vielen deutschen Familien Bewegung zu kurz. Fast 5.000 Mütter und Väter mit Kindern im Alter von vier bis 14 Jahren hatte das **IGES-Institut** im Auftrag des AOK-Bundesverbandes befragt. Demnach bewegen sich zwar 45 Prozent der Eltern täglich mit ihren Kindern, für jede dritte Familie spielt körperliche Aktivität in der Freizeit aber überhaupt keine Rolle. Auffällig ist, dass 36 Prozent der Eltern übergewichtig sind, 22 Prozent sogar adipös. Jens Martin Hoyer, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, zeigt sich besorgt. „Unsere Gesellschaft leidet immer mehr an Übergewicht und Bewegungsmangel. Auch wenn es erfreulich ist, dass die Belastungswerte der Eltern laut Studie weiter abgenommen haben, so sind diese Ergebnisse ein klares Alarmsignal.“ Weitere Details im Hintergrund ab Seite 7.

Infos: www.aok-bv.de

■ **G+G-Digital: kostenfrei und mit viel Service**

Das AOK-Forum „Gesundheit und Gesellschaft“ (G+G) gibt es nun auch als digitales Magazin – kostenfrei und mit zusätzlichen Inhalten. Jeder kann sich online für die **Digitalausgabe von G+G** anmelden. Außerdem gibt es die digitale Zeitschrift als App für iOS und Android. „Somit kann nun jeder jederzeit und überall das AOK-Forum für sich nutzen. Ob online im Büro am Rechner, unterwegs offline in der App oder zu Hause auf dem Sofa als bewährtes Magazin zum Blättern“, sagt der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch. Mit dem Angebot öffnet die AOK-Gemeinschaft die gesundheits- und sozialpolitische Debatte für einen weitaus größeren Leserkreis als bisher. In der G+G-Digital finden die Leser sämtliche Inhalte der Printausgabe, darüber hinaus neue Formate wie Interviews mit den AOK-Vorständen genauso wie Satire-Videos und Bildergalerien. Zusammenfassungen langer Texte, Leseempfehlungen der Redaktion und ein Newsletter bieten die Chance auf einen schnellen Überblick über komplexe Themen. Wer tiefer einsteigen will, ist im Online-Archiv richtig.

Infos: www.gg-digital.de/newsletter

ZUR PERSON I



■ **Dr. Christof Mittmann**
ist neuer Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Privatärztlichen Verrechnungsstellen e.V. (PVS Verband). Der Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie aus Münster gehört dem Vorstand bereits seit drei Jahren an. Seine Stellvertreter sind Dr. Conrad Singe, Internist und Gastroenterologe aus Mannheim, und Dr. Michael Klinger, Facharzt für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde aus Neumünster.



www.gg-digital.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Pflege: Regierung sucht den Schulterchluss

Im Kampf gegen die Personalnot setzt die Bundesregierung auf eine Konzentrierte Aktion Pflege. Binnen eines Jahres sollen Arbeitgeber und Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Kirchen, Krankenkassen und Betroffenenverbände Vorschläge erarbeiten. Die Federführung haben neben dem Bundesgesundheitsministerium das Familienministerium sowie das Arbeits- und Sozialministerium. „Es muss cool werden, Pflegekraft zu sein“, sagte Familienministerin Franziska Giffey. Fünf Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit Ausbildung und Qualifizierung, besserem Gesundheitsschutz, Digitalisierung, Kräften aus dem Ausland sowie den Lohnbedingungen. Ein zentraler Punkt ist, dass es mehr Tarifverträge gibt, die auch bessere Löhne festschreiben könnten. Ohne „sanften politischen Druck“ werde es nicht gehen, sagte Arbeitsminister Hubertus Heil. Bisher seien 80 Prozent der Beschäftigten nicht tarifgebunden. Ein weiterer Schwerpunkt ist, Berufseinsteiger stärker anzusprechen und Pflegeschulen digital auszustatten. Im Zuge der **Ausbildungsreform** wurde bereits beschlossen, dass Azubis ab 2020 kein Schulgeld mehr zahlen und eine Vergütung bekommen. In der Alten- und Krankenpflege gibt es 35.000 offene Stellen für Fachkräfte und Helfer.

Infos: www.bundesgesundheitsministerium.de

■ Morbi-RSA: Vermeidung der Risikoselektion muss das Ziel bleiben

Ein Regionalfaktor im GKV-Finanzausgleich darf aus Sicht des AOK-Bundesverbandes weder Über-, Unter- und Fehlversorgung zementieren noch Geld aus ländlichen Regionen in überversorgte Städte lenken. Der Einfluss der regionalstatistischen Merkmale müsse sich daran bemessen, in welchem Umfang er Anreize zur Risikoselektion auf Ebene der Versicherten und Versicherten Gruppen reduziere, sagte Vorstandschef Martin Litsch anlässlich der Veröffentlichung des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesversicherungsamt (BVA) zu den regionalen Verteilungswirkungen des **morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs** (Morbi-RSA). Der erste Blick auf die Langfassung des Gutachtens bestätige, dass die Finanzergebnisse der Krankenkassen nichts mit der regionalen Verteilung der Versicherten zu tun hätten. Über- und Unterdeckungen auf regionaler Ebene könnten auch nicht durch die Angebotsstruktur erklärt werden, so Litsch. Insbesondere **Ersatz- und Betriebskrankenkassen** hatten einen regionalen Faktor im Morbi-RSA gefordert, um aus ihrer Sicht regional unterschiedliche Kostenstrukturen auszugleichen. „Die von den Gutachtern letztlich vorgeschlagenen regionalstatistischen Merkmale konzentrieren sich deshalb auf Morbiditäts- und Mortalitätsvariablen“, resümiert Litsch. Merkmale wie Hausarzt- und Facharztichte spielten nur eine geringe Rolle, die Zahl der Krankenhausbetten oder ähnliches sei nicht relevant. Die Politik forderte Litsch auf, aus den beiden jetzt vorliegenden Gutachten eine überzeugende Reform abzuleiten.

Infos: www.bundesversicherungsamt.de

ZUR PERSON II



■ **René Stüwe**
ist neuer Redakteur und Leiter Newsroom in der Unternehmenszentrale der Helios Kliniken in Berlin. Die Position wurde neu geschaffen. Zuletzt war Stüwe fünf Jahre lang als Redakteur und Social Media Manager bei der KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Frankfurt tätig.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Eine Gebühr für den Notfall

Um nicht notwendige Besuche in der Notaufnahme von Krankenhäusern zu verhindern, hat der Vorsitzende der **Kassenärztlichen Bundesvereinigung** (KBV), Andreas Gassen, eine Gebühr vorgeschlagen. „Eine finanzielle Steuerung wäre genau der Hebel, der helfen würde. In vielen anderen Ländern Europas ist so etwas längst üblich“, sagte er dem **Redaktionsnetzwerk Deutschland**. „Wenn sich bestimmte Patienten dem Angebot der niedergelassenen Ärzte dauerhaft entziehen und das System nutzen, wie es ihnen gerade einfällt, muss das finanzielle Sanktionen nach sich ziehen.“ Der Vorschlag ist bei **Sozialverbänden** sowie Politikern aus Regierung und Opposition auf Kritik gestoßen. Sozial schwache Patienten dürften nicht von der Behandlung ausgeschlossen werden. Auch die **Deutsche Krankenhausgesellschaft** (DKG) ist dagegen Hintergrund: Viele Patienten suchen außerhalb der Praxiszeiten die Notaufnahme in Kliniken auf und nutzen nicht den ärztlichen Bereitschaftsdienst, der eigentlich zuständig ist, wenn es sich nicht um einen expliziten Notfall handelt. Der Sachverständigenrat für Gesundheit (SVR) behandelt das Problem auch in seinem aktuellen Gutachten und fordert ein zentrales Leitsystem, das die Patienten zu den richtigen Stellen lenkt. Außerdem mahnen die Gesundheitsweisen mehr Information der Bürger über das Gesundheitssystem an. Grundsätzlich fordert der SVR eine stärkere Durchlässigkeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung.

KOMMENTAR

Ausgerechnet die niedergelassenen Ärzte, die dereinst mit Vehemenz für die Abschaffung der Praxisgebühr gekämpft haben, plädieren jetzt für die kostenpflichtige Nutzung der Notaufnahme. Gleichzeitig unterstellt KBV-Chef Gassen den Patienten, das System „nach Gusto“ zu nutzen. Falsch! Die Menschen wissen sich in ihrer Not oft nicht mehr anders zu helfen. Entweder, weil sie zu lange auf einen Termin beim Facharzt warten oder weil sie die Strukturen des starren Gesundheitssystems einfach nicht kennen. Beide Probleme kann man nicht mit Strafgebühren lösen. (rbr)

Infos: www.svr-gesundheit.de

■ Entlastung für Betriebsrentner

Der Ruf nach einer Senkung der Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten wird lauter. Der SPD-Fraktionsvize im Bundestag, Karl Lauterbach, kündigte für Herbst einen Plan an, wonach auf Betriebsrenten und gleichgestellte Altersbezüge nur noch die Hälfte des Beitragssatzes von derzeit durchschnittlich 15,6 Prozent abgeführt werden solle. Ähnlich hatten sich jüngst auch Unionspolitiker geäußert. Derzeit muss auf die gesetzliche Rente der halbe **Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung** (GKV) gezahlt werden, für Betriebsrenten ist seit 2004 dagegen der volle Satz fällig. Betriebsrentner müssen also neben dem Arbeitnehmer- auch den Arbeitgeberanteil zahlen. Die SPD fordert schon länger eine Änderung. Die Union hatte allerdings bisher wenig Entgegenkommen gezeigt. Dies ändert sich nun: Unionsfraktionsvize, Carsten Linnemann (CDU), und die CSU-Sozialpolitikerin Emmi Zeulner haben **laut Redaktionsnetzwerk Deutschland** entsprechende Anträge für die nächsten Parteitage von CDU und CSU vorbereitet.

Infos: www.morgenpost.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ AOK vernetzt schwangere Frauen mit Kliniken

Vier Berliner Geburtskliniken der Projektpartner Vivantes und Sana sind an das Digitale Gesundheitsnetzwerk der AOK angeschlossen worden. Frauen, die dort entbinden, können künftig per Smartphone medizinische Dokumente mit der jeweiligen Klinik austauschen. Weitere sechs Kliniken und 13 Medizinische Versorgungszentren sollen folgen. Sie versorgen jährlich 114.000 AOK-Versicherte, die künftig von der neuen Vernetzung profitieren sollen. Nach dem erfolgreichen Start in Mecklenburg-Vorpommern, bei der ein Arztnetz und zwei Kliniken miteinander vernetzt wurden, ist es bereits das zweite Projekt im Rahmen des Gesundheitsnetzwerks. Die Kassenärzte äußerten jüngst **Bedenken gegen die Digitalisierung**. „Einem direkten Zugriff in die Praxisverwaltungssysteme von außen und dem Auslesen von Behandlungsdaten erteilen wir eine klare Absage“, heißt es in einer verbreiteten Erklärung von Kassenärztlicher Bundesvereinigung und den Kassenärztlichen Vereinigungen. Die Kritik entbehre jeglicher Grundlage, **konterte der AOK-Bundesverband**. „Das Digitale Gesundheitsnetzwerk greift zum Austausch der Daten nicht in die Praxisverwaltungssysteme der Ärzte ein“, so Verbandschef Martin Litsch. Vielmehr versenden niedergelassene Ärzte über eine Schnittstelle aus ihrer Praxisverwaltungs-Software heraus Daten.

Infos: www.aok-gesundheitsnetzwerk.de

■ Gepanschte Krebs-Medikamente: Zwölf Jahre Haft und Berufsverbot

Das Landgericht Essen hat einen Apotheker aus Bottrop zu zwölf Jahren Haft verurteilt und ein lebenslanges Berufsverbot verhängt. Die Richter stellten in ihrem Urteil fest, dass in der Apotheke Infusionslösungen gestreckt, bei den Krankenkassen aber voll abgerechnet wurden. Der Verurteilte habe sich auf Kosten von Menschen bereichert, die um ihr Leben bangten, um seinen luxuriösen Lebensstil zu finanzieren. Opfer und Hinterbliebene kritisierten, dass in dem Verfahren vor allem nicht geklärt worden sei, wie viele Patienten betroffen waren. Der Angeklagte hatte sich nicht zu den Vorwürfen geäußert. Seine Verteidiger hatten Freispruch beantragt. Die Staatsanwaltschaft hatte dreizehneinhalb Jahre Haft gefordert. Aus Sicht des AOK-Bundesverbandes hat der Prozess auch Qualitätsmängel in der Zytostatikaversorgung ans Licht gebracht. „Man wird Kriminalität in diesem Ausmaß durch keinen Vertrag der Welt verhindern können. Allerdings bin ich der Meinung, dass Exklusiv-Verträge dem Bottroper Apotheker sein Handeln erschwert hätten“, sagte Geschäftsführerin Versorgung Dr. Sabine Richard im November 2017 im **Interview mit der Deutschen Apothekerzeitung**. In der vergangenen Legislaturperiode hatten Union und SPD dem Druck der Apothekerlobby nachgegeben und mit dem 2017 in Kraft getretenen GKV-Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz die exklusiven Zytostatikaverträge der AOK und anderer Krankenkassen verboten.

Infos: www.aok-bv.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Klinik-Investitionen: Länder zahlen weiterhin zu wenig

Die 16 Bundesländer haben im Jahr 2017 zusammen rund 2,8 Milliarden Euro als Investitionsförderung für ihre Krankenhäuser ausgegeben. Der Bedarf liegt jedoch laut Deutscher Krankenhausgesellschaft (DKG) bei mindestens sechs Milliarden Euro. Im Durchschnitt kommen die Länder auf eine Investitionsquote von 3,2 Prozent. „Wenn die Länder nicht die nötigen Mittel bereitstellen, muss der Bund einspringen“, fordert DKG-Hauptgeschäftsführer Georg Baum. Auch für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege seien Investitionen erforderlich, ergänzte Baum mit Blick auf die Konzertierte Aktion Pflege. In Deutschland trägt die Krankenversicherung die Betriebs- und Personalkosten der Kliniken. Die Kosten für neue Geräte oder Sanierung tragen aber die für die Krankenhausplanung zuständigen Bundesländer.

Infos: www.dkgev.de

■ Mehr Sicherheit bei Herzschrittmacher, Hüfte und Co.

Das Bundesgesundheitsministerium hat für Herbst 2018 einen ersten Entwurf für ein Gesetz zum Aufbau eines Implantate-Registers angekündigt. Das teilte das Ministerium auf Anfrage der FDP-Fraktion im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages mit. Konkret könnte es beispielsweise um die Qualität von Brustimplantaten, Herzklappen oder Herzschrittmachern gehen. Das Register soll insbesondere anhand von Daten zu Implantationen und Folge-Operationen für Korrekturen zeigen, wie lange Implantate halten. Um schnell beginnen zu können, soll das Register mit wenigen Produkten starten und schrittweise erweitert werden. Führen soll es das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (Dimdi).

Infos: www.bundestag.de

■ Arznei-Rezepte: Gericht bestätigt Sammelverbot im Supermarkt

Eine Apothekerin aus Herne darf in einem Supermarkt keine Sammelbox für Rezepte aufstellen und dann Medikamente nach Hause liefern. Nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts Münster ist das nur ausnahmsweise zulässig, wenn die Sammelbox zur Versorgung eines abgelegenen Ortsteils dienen würde. Dies sei hier nicht der Fall. Auch sei die Sammelbox nicht durch die Erlaubnis der Klägerin zum Versand von Arzneimitteln gedeckt. Die Stadt Herne hatte der Frau, die in der Nähe des Supermarktes eine Apotheke betreibt, das Aufstellen verboten. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung hat das Gericht die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen.

Infos: www.dejure.org

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

Vorschau

G+G | 07-08/2018

Gesundheit und Gesellschaft

Bewegt Euch, Kinder!

In vielen Familien kommt die Bewegung zu kurz. Anke Tempelmann und Kai Kolpatzik erklären, wie sich die Gesundheit von Kindern und Eltern verbessern lässt.

„Wir sind Kämpfer und Kümmerer“

Pflege, Inklusion und soziale Gerechtigkeit: Die neue VdK-Präsidentin Verena Bentele erläutert, wofür sich Deutschlands größter Sozialverband stark macht.

Klinikqualität made in USA

Qualitätsorientierte Vergütung von Kliniken: hier noch Theorie, in den USA längst Praxis umgesetzt – mit durchschlagendem Erfolg, wie Nikolas Matthes festgestellt hat.

G+G | 2/2014

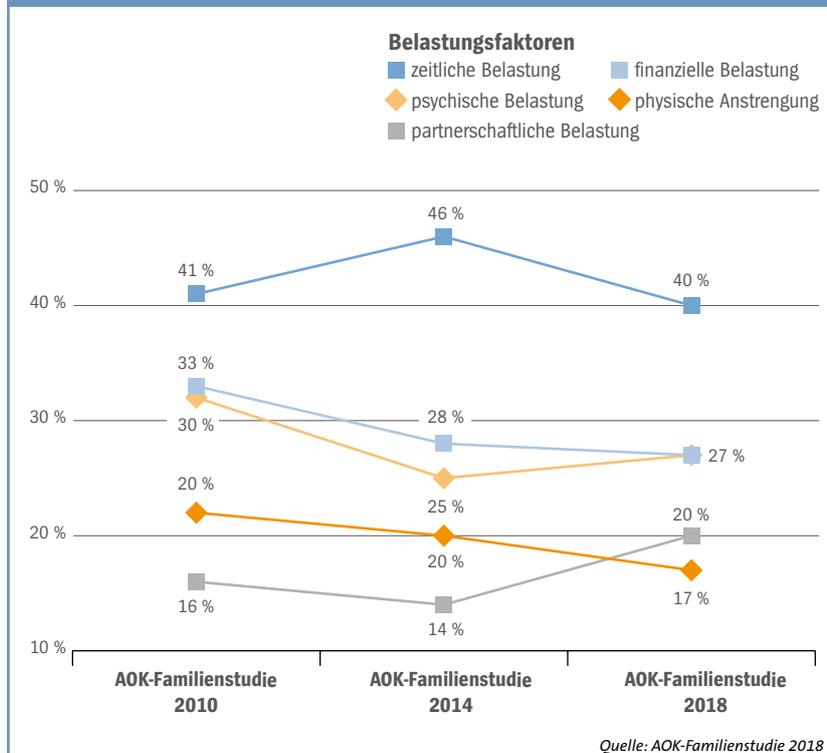
Wissenschaft

Im Fokus der neuen Ausgabe steht der schwarz-rote Koalitionsvertrag. In den Analysen geht es um Pflege, Apothekervergütung und Wettbewerb

www.gg-digital.de

Abonnieren Sie hier den **Newsletter G+G-Digital**, um kostenfrei und regelmäßig die G+G als digitales Magazin zu bekommen.

AOK-Familienstudie: Belastungsfaktoren für Familien



Die zeitliche Belastung der Eltern sinkt, bleibt aber auf hohem Niveau. Probleme in der Partnerschaft jedoch nehmen wieder zu. 40 Prozent der Eltern fühlen sich unter hohem Zeitdruck, sechs Prozentpunkte weniger als vor vier Jahren. Bei Eltern mit jüngeren Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren sind es aber 46 Prozent. Andere Belastungsfaktoren kommen auf deutliche geringere Werte. Psychische Belastungen verzeichneten wieder einen leichten Anstieg.

■ Krebsforschung: 50 Millionen für fünf neue Zentren

Mit insgesamt 50 Millionen Euro fördert die Deutsche Krebshilfe in den kommenden Jahren die Arbeit junger Forscher. Das Geld kommt verteilt über fünf Jahre medizinischen Fakultäten in Dresden, Frankfurt, Hamburg, Köln/Bonn und Würzburg zugute. Die neuen sogenannten Mildred-Scheel-Nachwuchszentren sollen „bestmögliche Arbeitsbedingungen“ für talentierte junge Wissenschaftler schaffen. Dazu zählt etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hintergrund sei ein „eklatanter Mangel“ an jungen Wissenschaftlern, erklärte die Organisation. Befürchtet wird demnach, dass sich die Versorgung Krebskranker kaum weiterentwickle. In Deutschland erkranken jedes Jahr fast eine halbe Million Menschen neu an Krebs. Die Zentren sind nach der Gründerin der Krebshilfe, Mildred Scheel, benannt, Ärztin und Ehefrau des früheren Bundespräsidenten Walter Scheel.

Infos: www.krebshilfe.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

«BLICKPUNKT HINTERGRUND»

■ AOK-Familienstudie 2018: Es mangelt deutlich an Bewegung

Wenn Eltern sich viel bewegen, ihre Freizeit aktiv gestalten und mit ihren Kindern viel unternehmen, wirkt sich das positiv auf die Entwicklung und die Gesundheit der Kinder aus. Diese haben weniger Beschwerden und sind besser drauf. Das zeigt die AOK-Familienstudie 2018. Das IGES Institut hat die Studie wissenschaftlich begleitet. Repräsentativ befragt wurden von Januar bis März 2018 insgesamt 4.896 Eltern mit Kindern im Alter von vier bis 14 Jahren. Rund 37 Prozent der befragten Eltern waren Väter.

76 Prozent der Eltern beurteilten den eigenen Gesundheitszustand als sehr gut oder gut. Mit 82 Prozent fühlten sich Väter häufiger gut und sehr gut als Mütter (73 Prozent). Im Vergleich zu 2014 hat sich der Gesundheitszustand der Eltern verbessert. Damals sagten 69 Prozent, dass es ihnen im Allgemeinen gut oder sehr gut gehe. Wie die Eltern ihre eigene Gesundheit einschätzen, variiert je nach Bildung und Familiensituation. So beurteilten 82 Prozent der Eltern mit Abitur oder einem Hochschulabschluss ihren Gesundheitszustand als sehr gut oder gut. Bei den Eltern mit einem Hauptschulabschluss waren es nur 69 Prozent. Alleinerziehenden geht es schlechter als Paaren.

» Zeitliche Belastung bleibt auf hohem Niveau, Partnerprobleme nehmen wieder zu

Das Leben der Familien hat sich in den meisten Bereichen etwas entspannt. So gaben 40 Prozent der Studienteilnehmer an, dass ihnen Zeit fehlt, im Vergleich zu 2014 ein Minus von sechs Prozentpunkten. Zeitdruck bleibt aber nach wie vor der größte Belastungsfaktor für die Familien (siehe auch die Grafik auf Seite 6). Kontinuierlich abgenommen auf jetzt 17 Prozent hat die körperliche Belastung. Auch die finanzielle Situation der Familien hat sich geringfügig verbessert. So klagten statt 28 Prozent 2014 aktuell nur noch 27 Prozent der Befragten über Geldsorgen. Ebenso viele Eltern sehen sich psychisch unter Druck, zwar deutlich weniger als 2010 (32 Prozent), aber wieder etwas mehr als 2014 (25 Prozent). Stark zugenommen haben Beziehungsprobleme. Jeder Fünfte gab an, Stress mit dem Partner zu haben. 2014 waren es nur 14 Prozent. Alleinerziehende haben besonders häufig Geldsorgen (43 Prozent). Bei Paaren sind es 24 Prozent. Auch psychisch stehen Alleinerziehende stärker unter Druck als Paare. Jeder Dritte von ihnen hat mit psychischen Problemen zu kämpfen. Gleichermäßen betroffen fühlen sich nur 26 Prozent der Paare.

» Der Mehrheit der Kinder geht es aus Sicht der Eltern gut

Rund die Hälfte der Eltern bewertet den Gesundheitszustand ihrer Kinder als sehr gut und ein Drittel als gut. Die Einschätzung der Eltern unterschied sich je nach Alter des Kindes. 59 Prozent der Eltern von Vier- bis Sechsjährigen gaben an, dass es ihren Kindern sehr gut geht. Bei Elf- bis 14-Jährigen waren es 46 Prozent. Eltern mit Hauptschulabschluss bewerteten den Gesundheitszustand ihres Kindes etwas schlechter als Eltern mit Abitur (49 Prozent im

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

Vergleich zu 58 Prozent). Die Mehrheit der Kinder hatte in den letzten sechs Monaten selten oder nie körperliche Beschwerden. Jede zehnte Familie berichtet jedoch, dass ihr Kind fast jede Woche oder häufiger Bauchschmerzen hat. Insgesamt hatten rund 16 Prozent der Kinder mindestens eines der körperlichen Symptome wie Kopf-, Bauch oder Rückenschmerzen fast jede Woche oder häufiger. In Familien mit Hauptschulabschluss traten körperliche Beschwerden bei Kindern häufiger auf (21 Prozent) als in Familien mit Abitur (14 Prozent).

Häufiger als mit körperlichen hatten die Kinder mit psychischen oder psychosomatischen Problemen zu kämpfen. So gaben 39 Prozent der Eltern an, dass ihr Kind über einen Zeitraum von sechs Monaten täglich, mehrmals in der Woche oder fast jede Woche gereizt oder schlecht gelaunt war. Fast jedes fünfte Kind hatte laut seinen Eltern Einschlafprobleme. Insgesamt hatten 45 Prozent der Kinder mindestens eine dieser beiden Beschwerden fast jede Woche oder häufiger.

» Für jede dritte Familie gehört Bewegung nicht zum Alltag

Wenn Eltern sich viel bewegen, ihre Freizeit aktiv gestalten und mit ihren Kindern viel unternehmen, wirkt sich das positiv auf die Entwicklung und die Gesundheit der Kinder aus. Für die Mehrheit der befragten Eltern ist regelmäßige Bewegung fester Bestandteil des Familienalltags. So gaben 67 Prozent der Studienteilnehmer an, dass körperliche Aktivität in der Freizeit in ihrer Familie normal ist. Damit äußerte allerdings auch ein Drittel der Eltern, dass regelmäßige Bewegung zu ihrem Familienalltag nicht dazugehört. Bei Eltern mit Adipositas sind das sogar 43 Prozent.

Erwartungsgemäß bewegen sich Eltern mit jüngeren Kindern öfter gemeinsam als Eltern mit Teenagern. Während 57 Prozent der Familien mit Kindern im Alter von vier bis sechs Jahren angaben, sich täglich gemeinsam zu bewegen, trifft das nur auf 27 Prozent der Familien mit Teenagern im Alter von elf bis 14 Jahren zu. Auch der Bildungsstand spielt bei der gemeinsamen Bewegung eine Rolle. Und zwar: Je höher die Bildung, desto seltener bewegen sich Familien gemeinsam. So bewegt sich mehr als jede zweite Familie mit Hauptschulabschluss täglich mit ihren Kindern. Bei den Eltern mit Abitur oder Hochschulabschluss sind das nur 40 Prozent.

» Kinder hocken zu lange vor dem Bildschirm

Insgesamt nehmen die Inaktivitätszeiten aufgrund von Medienkonsum bei Kindern zu. Etwa 59 Prozent der Vier- bis Sechsjährigen sitzen den Angaben ihrer Eltern zufolge unter der Woche mehr als eine halbe Stunde am Tag vor Bildschirmen. Bei den Sieben- bis Zehnjährigen kommen 44 Prozent sogar auf mehr als eine Stunde. Experten empfehlen bis sechs Jahren höchstens eine halbe Stunde täglich Medien zunutzen, bis zehn Jahren maximal 60 Minuten. Am Wochenende überschreiten laut AOK-Familienstudie sogar acht von zehn Kindern diese Grenzen.

Infos: www.aok-bv.de